

Restitution - Ein Schlußstrich?

Am Abend des 31. Jänner 2001 hat der Nationalrat einstimmig ein Entschädigungspaket für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung beschlossen, die durch das NS-Regime ihre Mietwohnung verloren oder einen anderen Vermögenszug erlitten haben.

Bundeskanzler Schüssel hat vor dem Beschluss in einer Rede erklärt, es sei eine Selbstverständlichkeit. Klar sei bei allen Entschädigungsbemühungen, dass kein Geld der Welt ersetzen könne, was Menschen in der NS-Zeit gewaltsam geraubt worden ist. SP-Chef Gusenbauer sprach von einem wichtigen Moment für das österreichische Parlament. Für die NS-Verbrechen könne es aber keine Wiedergutmachung und keinen Schlußstrich geben. FP-Abgeordneter Krüger forderte einen ultimativen Schlußstrich unter die noch offenen finanziellen Forderungen. Terezija Stoisits von den Grünen dagegen sagte, es gebe kein Freikaufen von der Geschichte.

Zum Thema "Schlußstrich" sagte der Kanzler: Einen Schlußstrich könne es nicht geben. Vielmehr gehe es um eine Geste, wenngleich auch erwartet werden müsse, dass es für das nun geschlossene Entschädigungspaket im Gegenzug Rechtssicherheit gebe.

Ernst Sucharipa, der als Sonderbotschafter für Restitutionsfragen, das Paket ausverhandelt hat, sieht es als einen Schritt zur Selbstfindung. Ariel Muzicant, Präsident der I.K.G. verweigerte die Unterschrift des Vertrages, obwohl er das Abkommen zu Ende der Verhandlungen Mitte Jänner in Washington - mit Vorbehalten - paraphiert hatte. Die Naturalrestitution sei nicht weitgehend genug. Außerdem seien er und der Vorsitzende der Claims Conference Österreich, Moshe Jahoda, nicht vor dem Verfassungsausschuss angehört worden. Er habe den Eindruck, als ob der eine oder andere immer noch die Herrenrasse hervorkehre und den Opfervertretern erkläre, wo es lang geht, sagte Muzicant. Ganz im Gegensatz die Claims Conference: Laut Jahoda steht sie voll hinter der in Washington geleisteten Unterschrift.

Das Paket im Detail:

- Ein "General Settlement Fund" wird eingerichtet und mit insgesamt 360 Millionen Dollar (5,27 Mrd.

S) gefüllt. 150 Mill. davon werden für die Entschädigung von entzogenen Mietrechten, Hausrat und persönlichen Wertgegenständen verwendet. Mit der Auszahlung in Form eines Pauschalbetrags von 7.000,- Dollar pro Person wird der Nationalfonds betraut, die entsprechenden Gelder sollen noch heuer fließen. Mit den verbleibenden 210 Mill. Dollar sollen darüber hinausgehende Ansprüche entschädigt werden. Da diese Gelder voraussichtlich an die zwei Jahre auf dem Konto verbleiben, wird mit Zinsen in Höhe von 20 Mill. Dollar gerechnet, wodurch sich die Gesamtleistung des Fonds dann auf insgesamt 380 Mill. Dollar erhöht.

- Die öffentliche Hand wird jene Grundstücke, Immobilien sowie andere Gegenstände, die in der NS-Zeit enteignet wurden, und sich heute noch in staatlichem Besitz befinden, zurückerstatten. Das betrifft sowohl individuelle Ansprüche als auch jüdisches Gemeindeeigentum. Zur Prüfung wird ein dreiköpfiges "Panel" eingesetzt, das aus einem US- und einem österreichischen Vertreter besteht, die gemeinsam dann das dritte Mitglied bestimmen können.

- Das Sozialpaket für Holocaust-Überlebende wurde von Österreichs Sonderbotschafter für Restitutionsfragen, Ernst Sucharipa, mit 112 Mill. Dollar für die nächsten zehn Jahre beziffert. Ausgeweitet wird das Pflegegeld auch für im Ausland lebende Bezieher bis zur Stufe 7 (bisher nur bis Stufe 2), erleichtert wird der Zugang zu Renten nach dem Opferfürsorgegesetz und können auch Holocaust-Opfer der Jahrgänge 1933 bis 1938 begünstigt Pensionsmonate nachkaufen.

- Die Kunstrestitution, die von Österreich schon seit einiger Zeit betrieben wird, wird in diesem Sinne fortgeführt.

- Die öffentliche Hand wird jene Grundstücke, Immobilien sowie andere Gegenstände, die in der NS-Zeit enteignet wurden, und sich heute noch in staatlichem Besitz befinden, zurückerstatten. Das betrifft sowohl individuelle Ansprüche als auch jüdisches Gemeindeeigentum. Zur Prüfung wird ein dreiköpfiges "Panel" eingesetzt, das aus einem US- und einem österreichischen Vertreter besteht, die gemeinsam dann das dritte Mitglied bestimmen können.

- Das Sozialpaket für Holocaustüberlebende wurde von Österreichs Sonderbotschafter für Restitutionsfragen, Ernst Sucharipa, mit 112 Mill. Dollar für die nächsten zehn Jahre beziffert. Ausgeweitet wird das Pflegegeld auch für im Ausland lebende Beziehende bis zur Stufe 7 (bisher nur bis Stufe 2), erleichtert wird der Zugang zu Renten nach dem

Opferfürsorgegesetz und können auch Holocaust-Opfer der Jahrgänge 1933 bis 1938 begünstigt Pensionsmonate nachkaufen.

- Die Kunstrestitutionskommission, die von Österreich schon seit einiger Zeit betrieben wird, wird in diesem Sinne fortgeführt.

- Die öffentliche Hand nimmt sich künftig der Restaurierung und Erhaltung jüdischer Friedhöfe in ganz Österreich an.

- Der frühere Hakoah-Sportverein wird auf einem Grundstück wieder errichtet, das von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt wird. Mit insgesamt acht Mill. Dollar soll das Sportgelände wieder erstehen.

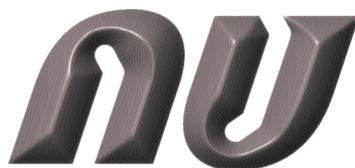
Podiumsdiskussion

Datum: Sonntag, 18. Februar 2001, 19.30 Uhr
Ort: Jüdisches Gemeindezentrum
Wien 1., Seitenstettengasse 2

Es diskutieren:

Dr. Daniel Charim, Rechtsanwalt
Mag. Martin Engelberg, Mitglied d. Kultusvorstandes d. I.K.G.
Ioan Holender, Direktor der Wr. Staatsoper (angefragt)
Dr. Ariel Muzicant, Präsident d. I.K.G. (angefragt)
Dr. Ernst Sucharipa, Sonderbotschafter für Restitutionsfragen

Diskussionsleitung: Mag. Peter Menasse



Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber:
Arbeitsgemeinschaft
jüdisches Forum
1011 Wien, Postfach 1479
Druck: Druckerei Schmitz
1200 Wien, Leystraße 43,
Zulassungsnr.: GZ 00Z000286U
P.b.b. Verlagspostamt 1010 Wien